

Der Segen der Krise

In Bildung muss immer investiert werden. Nicht nur wenn die Konjunktur es braucht

Wer im Studium Erleuchtung sucht, ist an der Uni Köln falsch. Im vergangenen Sommersemester krachte eine schlampig montierte Lampe von der Decke und baumelte in fünf Metern Höhe wie am seidenen Faden – in zwölf Hörsälen mussten fortan Netze die Studenten vor ihrer Lehranstalt schützen. Es ist nur ein Beispiel für den Zustand deutscher Bildungsinstitutionen: notdürftige Abhilfe hier, marode Sanitäreinrichtungen da, Schimmel und klaffende Löcher im Dach überall. Über diese Missstände geredet haben die Verbände, die Wirtschaft, die Politik – und es oft dabei belassen. Bis zur Finanzkrise. Denn auf einmal soll etwas geschehen, was der mit viel Aufwand inszenierte Bildungsgipfel vor gut zwei Monaten nicht zustande brachte: Mit dem Konjunkturpaket II soll Geld in Bildung und ihre Infrastruktur fließen und vor allem die Finanzierung geklärt werden.

Im Gegensatz zu den Beschlüssen vom Oktober geht es dabei aber nicht um die Verringerung der Schulabbrecherquoten oder um Sprachförderung noch vor der Grundschule. Kurz: Es geht nicht um pädagogische Konzepte. Was mit dem Konjunkturpaket II beschlossen werden dürfte, sind Investitionen in Mauern, Dächer, Ausstattung. Sinnvolle Maßnahmen, und doch bleibt die Frage: Warum erst jetzt? Dass es in mancher Schule von der Decke tropft, ist schließlich keine neue Erkenntnis. Eigentlich gewollt, das ist die Lehre aus der Finanzkrise, sind kurzfristige Effekte: gefüllte Auftragsbücher für die Bauwirtschaft und der Erhalt von Arbeitsplätzen während des Abschwungs.

Wenn im Rahmen eines Konjunkturpakets Milliarden in die Infrastruktur fließen, zeigt sich daran auch die Machtlosigkeit der Bildungspolitik. Denn werden auf einem Bildungsgipfel Beschlüsse gefasst, bleibt die Finanzierung ungeklärt. Steckt Deutschland aber in der Rezession, überbieten sich die Parteien mit Milliardenforderungen für Schule und Hochschule. Dahinter aber stehen dann auch Interessen von Bauwirtschaft und Handwerk. Wirtschaftslobbyisten sind mächtiger als die Anwälte der Bildung. Geld für Schulen scheint es vor allem auf Umwegen zu geben: Da muss erst eine Finanzkrise kommen. Es ist gut, dass endlich investiert wird. Doch eigentlich wichtig wäre die Einsicht, dass mehr Investitionen in die Bildung auf Dauer dringend nötig sind. Und nicht nur wenn es gerade der Wirtschaft nützt.

Bildungspolitik

Von Judith Scholter